



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Sachverständigenanhörung zum Thema „Welche Folgen hätte ein EU-Beitritt der Ukraine für die bayerische Landwirtschaft?“

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus führt eine Sachverständigenanhörung durch zum Thema „Welche Folgen hätte ein EU-Beitritt der Ukraine für die bayerische Landwirtschaft?“

Dabei sollen insbesondere folgende Punkte erörtert werden:

- Wie wirkt sich der stärkere Wettbewerb durch den größten Agrarproduzenten Europas auf die bayerische Landwirtschaft aus?
- Bei welchen landwirtschaftlichen Produkten würde der EU-Beitritt den Wettbewerb im EU-Binnenmarkt für bayerische Landwirte besonders erhöhen?
- Mit welchen Kürzungen bei EU-Agrarsubventionen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) müssen bayerische Landwirte rechnen, wenn das EU-Budget nicht deutlich erhöht wird?
- Wie wirken sich die Strukturunterschiede zwischen EU und ukrainischer Landwirtschaft bei einem EU-Beitritt aus?
- Welche Marktverschiebungen zwischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind innerhalb der EU zu erwarten?
- Welche Chancen für die EU und deutsche Landwirtschaft könnten sich bei einem EU-Beitritt der Ukraine ergeben?
- Wie kritisch sehen die Bauernverbände in Deutschland und Bayern einen möglichen Ukraine-Beitritt?

Begründung:

Ein möglicher EU-Beitritt der Ukraine hätte für die Landwirtschaft in Deutschland und der EU weitreichende wirtschaftliche, strukturelle und agrarpolitische Folgen. Diese werden in Politik, Verbänden und Wissenschaft sehr unterschiedlich bewertet. Die Ukraine gehört schon heute zu den größten Agrarproduzenten Europas mit rund 41 Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche, davon etwa 33 Millionen Hektar Ackerland.

Zum Vergleich: Deutschland: verfügt über ca. 16 bis 17 Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche.

Die Landwirtschaft in der Ukraine unterscheidet sich stark von der in Deutschland, insbesondere ist sie gekennzeichnet durch sehr große Agrarunternehmen (Agrarholdings), mit teilweise mehreren hunderttausend Hektar Fläche, industrielle Produktion und deutlich geringere Produktionskosten. In der EU, speziell in Bayern gibt es dagegen viele

Familienbetriebe. Es herrschen deutlich höhere Standards vor allem bei Tierwohl, Umwelt- und Pflanzenschutz und Arbeitsrecht. Wenn diese Standards nicht vollständig angeglichen werden, könnten erhebliche Wettbewerbsverzerrungen entstehen.

Die Ukraine produziert bereits heute enorme Mengen an Agrargütern, u. a. etwa 60 Millionen Tonnen Getreide pro Jahr. Sie ist weltweit führend bei Sonnenblumen und ein großer Exporteur von Mais, Weizen, Geflügel und Eiern. Das könnte zusätzlichen Preisdruck für deutsche Landwirte bedeuten.

Die europäische Landwirtschaft wird stark über die GAP der EU finanziert, die Direktzahlungen richten sich hauptsächlich nach Fläche. Wäre die Ukraine EU-Mitglied, würde die EU-Agrarfläche um etwa 26 Prozent steigen, allerdings ohne deutliche Erhöhung des EU-Gesamtbudgets. Schätzungen gehen von möglichen Kürzungen der Direktzahlungen aus: um rund 20 Prozent für bestehende EU-Landwirte, falls das Budget gleichbleibt.

Ein EU-Beitritt würde wahrscheinlich auch zu neuen Produktionsschwerpunkten führen. So liegt in der Ukraine ein stärkerer Fokus auf Massenproduktion von Getreide und Ölsaaten, während in der EU stärker auf Qualitätsprodukte, Veredelung und Spezialkulturen gesetzt wird. Für Deutschland und Bayern könnte das weniger Wettbewerbsfähigkeit bei Standard-Getreide und mehr Bedeutung von Veredelung (Milch, Fleisch) und Spezialkulturen bedeuten. Neben Risiken könnte es aber auch mögliche Vorteile geben, z. B. größere Versorgungssicherheit und dadurch in Krisenfällen stabilere Lebensmittelversorgung.

Die Exportstärke der EU könnte sich durch eine gemeinsame Marktposition im Weltagrarhandel erhöhen. Nicht zuletzt könnten auch die Investitionsmöglichkeiten für deutsche Agrartechnik- und Saatgutunternehmen in der Ukraine steigen.